

EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung

Am Heumarkt 10

A-1030 Wien

Tel.: +43 (0)1 388 55 11

www.ecoaustria.ac.at



September 2017

POLICY NOTE No. 19

Volkswirtschaftliche Effekte unterschiedlicher Abgabensenkungen in Österreich

Volkswirtschaftliche Effekte unterschiedlicher Abgabensenkungen in Österreich

Dr. Tobias Thomas, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung

DI Johannes Berger, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung

Mag. Nikolaus Graf, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung

Mag. Ludwig Strohner, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung

September 2017

Kurzdarstellung:

Österreich weist im internationalen Vergleich eine hohe Abgabenbelastung auf. Das belastet Haushalte und Unternehmen. Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Policy Note mit dem makroökonomischen Modell PuMA in einem ersten Schritt die volkswirtschaftlichen Auswirkungen verschiedener Abgabensenkungen einzeln, nämlich der Körperschaft-, Umsatz- und Einkommensteuer sowie des Beitrags zum FLAF. Die Analyse verdeutlicht die unterschiedlichen Wirkungen verschiedener Abgabensenkungen auf makroökonomische Größen. Eine Reduktion der **Einkommensteuer** wirkt kurz- und langfristig am positivsten auf die Beschäftigung, den privaten Konsum und die Entwicklung der realen Nettolöhne. Auch die kurzfristigen Wachstumseffekte sind am stärksten. Die zeitliche Dimension ist insbesondere bei der Senkung der **Körperschaftsteuer** von großer Bedeutung, da diese die volle makroökonomische Wirkung schrittweise über den höheren Kapitalstock entfaltet. Diese Senkung übt die stärksten Effekte auf die privaten Investitionen aus und erhöht längerfristig das BIP am stärksten. Die Auswirkungen auf Beschäftigung und Nettolohnentwicklung, die kurzfristig geringer als bei den anderen Reformen sind, sind längerfristig ähnlich groß wie bei der Senkung der **Umsatzsteuer** und des **FLAF-Beitrags**. Die Reduktion dieser beiden Abgaben weist die schwächsten volkswirtschaftlichen Effekte auf.

In einem zweiten Schritt werden in der vorliegenden Policy Note die ökonomischen Auswirkungen einer **kombinierten Senkung der Abgabenquote auf 40%** untersucht. Für die Analyse werden Dienstnehmer- und Dienstgeberabgaben, die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer entsprechend ihrem derzeitigen Anteil an den öffentlichen Einnahmen schrittweise von 2018 bis 2022 um insgesamt 3,4% des BIP reduziert. Durch dieses Maßnahmenpaket würden die Beschäftigung, die Investitionen, das Bruttoinlandsprodukt und der Konsum privater Haushalte deutlich ansteigen und die Arbeitslosigkeit spürbar zurückgehen. Eine solche Reform würde über Wachstumseffekte positive Rückwirkungen auf die öffentlichen Finanzen haben, die die Reform zu rund 40-50% selbst finanzieren würden. Das verbleibende Volumen müsste über das Heben vorhandener Effizienzpotenziale bei den öffentlichen Ausgaben erfolgen. Sollte es gelingen, darüber hinaus weitere Effizienzpotenziale zu heben, so stünden freie Mittel zum Beispiel für die Haushaltskonsolidierung zur Verfügung.

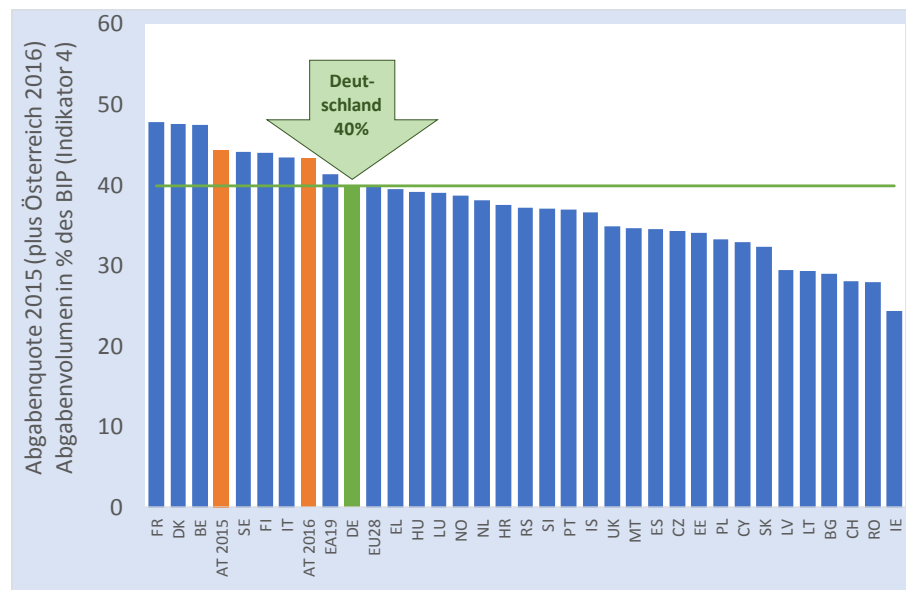
Inhalt

1. HINTERGRUND	1
2. EFFEKTE UNTERSCHIEDLICHER ABGABENSENKUNGEN	3
2.1. UNTERSUCHUNGSMETHODE UND UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND	3
2.2. ÖKONOMISCHE EFFEKTE UNTERSCHIEDLICHER ABGABENSENKUNGEN	4
2.3. ÖKONOMISCHE EFFEKTE IM ÜBERBLICK	9
3. EFFEKTE EINER KOMBINIERTEN SENKUNG DER ABGABENQUOTE AUF 40%	12
3.1. UNTERSUCHUNGSMETHODE UND UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND	12
3.2. ÖKONOMISCHE EFFEKTE DER SENKUNG DER ABGABENQUOTE AUF 40%	13
3.3. ÖKONOMISCHE EFFEKTE IM ÜBERBLICK	18
4. RESÜMEE	19
5. LITERATURVERZEICHNIS	20

1. Hintergrund

Österreich weist im europäischen Vergleich eine sehr hohe Abgabenbelastung auf. Im Jahr 2015 lag die Abgabenquote mit 44,4 % nach Frankreich, Dänemark und Belgien an vierthöchster Stelle und damit deutlich über dem Durchschnitt der EU28, der Eurozone oder von Deutschland. Die Steuerreform 2016 hat zwar die Abgabenquote etwas reduziert, dennoch liegt sie 2016 mit 43,4 % noch immer deutlich über den genannten Vergleichswerten.

Abbildung 1: Abgabenquote im EU-Vergleich



Quelle: Eurostat, Gesamteinnahmen des Staates und der EU aus Steuern und Sozialbeiträgen einschließlich unterstellter Sozialbeiträge nach Abzug der veranlagten Beträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist, Statistik Austria für Österreich 2016, (sog. Indikator 4).

Aufgrund der hohen Belastung von Haushalten und Unternehmen empfehlen nationale Forschungsinstitute, internationale Organisationen wie OECD und Europäische Kommission sowie empirische Studien¹ eine Senkung der Abgaben auf den Faktor Arbeit und eine Entlastung der Unternehmen. Somit soll mehr Wettbewerbsfähigkeit für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand erreicht werden. Eine Senkung der Abgabenquote auf 40% hätte eine beträchtliche Entlastung von Haushalten und Unternehmen zur Folge, jedoch läge Österreich bei der Abgabenquote nach wie vor oberhalb des Schnitts der Europäischen Union und auf dem Niveau von Deutschland.

Potenziale für eine Abgabensenkung könnten sich zum einen durch das Heben von Effizienzpotenzialen bei den öffentlichen Ausgaben ergeben und das ohne das derzeitige Leistungsniveau zu unterschreiten. So zeigen internationale Effizienzvergleiche, dass Österreich in

¹ Siehe Arnold 2008.

vielen öffentlichen Bereichen, wie z.B. Bildung, Gesundheit, Soziales oder Verwaltung ein hohes Leistungsniveau aufweist, andere Länder dieses – oder sogar ein höheres – Leistungsniveau jedoch zu wesentlich geringeren öffentlichen Ausgaben erreichen. Gelingt es Österreich, auch nur einen Teil der Effizienzpotenziale zu heben, so bestünden erhebliche Möglichkeiten zur Senkung der Ausgabenquote und damit verbunden zur Abgabensenkung – und das ohne dass das aktuelle Leistungsniveau verlassen werden müsste. Eine solche Reduktion der Abgabenquote durch die Nutzung von Effizienzpotenzialen könnte durch die Implementierung einer Ausgabenbremse unterstützt werden, mit der das durchschnittliche Wachstum der öffentlichen Ausgaben auf die Inflationsrate begrenzt würde. Würde eine solche Ausgabenbremse 2018 eingesetzt, so ergäben sich unter Berücksichtigung aktueller Prognosen für das BIP-Wachstum und die Inflationsentwicklung bis zum Jahr 2022 Möglichkeiten für eine Senkung der Abgabenquote auf unter 40%.

Eine Abgabensenkung würde Auswirkungen auf makroökonomische Größen wie das BIP, die Investitionen der Unternehmen, die Beschäftigung, die Löhne oder den Konsum der privaten Haushalte haben. Im welchen Ausmaß diese Effekte mittel- bis langfristig stattfinden, wird in der vorliegenden Policy Note auf Basis des makroökonomischen Modells PuMA² untersucht. Mit der detaillierten Abbildung des öffentlichen Sektors und des Arbeitsmarkts eignet sich das Modell besonders gut für die vorliegende Forschungsfrage. Hierzu werden in Kapitel 2 zunächst die Auswirkungen verschiedener Abgabensenkungen (Körperschaftsteuer, Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Lohnnebenkosten) einzeln untersucht, bevor in Kapitel 3 die Auswirkungen einer kombinierten Senkung der Abgabenquote auf 40% analysiert werden. Kapitel 4 schließt mit einem Resümee.

² PuMA („Public Policy Model for Austria“) ist eine Weiterentwicklung des Modells EU-LMM („EU Labour Market Model“), welches von den Autoren für die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration (DG EMPL) der Europäischen Kommission für 14 EU-Mitgliedstaaten entwickelt (siehe Berger et al. 2009 bzw. Berger et al. 2012) und jüngst aktualisiert wurde (Berger et al. 2016).

2. Effekte unterschiedlicher Abgabensenkungen

2.1. Untersuchungsmethode und Untersuchungsgegenstand

Um die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Senkung unterschiedlicher Abgaben zu untersuchen, werden zunächst vier Abgabensenkungen einzeln analysiert, nämlich eine Senkung der Einkommensteuer³, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer sowie eine Reduktion des Beitrags zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) als Beispiel für eine Lohnnebenkostensenkung.⁴ Diese Abgaben repräsentieren die bedeutendsten Komponenten der öffentlichen Einnahmen.

Für die Simulation der volkswirtschaftlichen Effekte wird zunächst davon ausgegangen, dass das Reformvolumen jeweils 0,5 % des BIP beträgt. Mit Bezug auf das Jahr 2017 entspricht das rund 1,7 Mrd. Euro. In diesem Wert ist noch nicht berücksichtigt, dass durch die Reformen Wachstumseffekte und damit wiederum Mehreinnahmen des Staates ausgelöst werden, die einen Teil der Reform selbst finanzieren. Diese Selbstfinanzierungseffekte werden ebenfalls in Abschnitt 2.2 dargestellt.

Grundsätzlich beeinflussen unterschiedliche Abgaben das Verhalten von Personen und Unternehmen über verschiedene Wirkungskanäle. Entsprechend führen Änderungen dieser Abgaben auch zu unterschiedlichen Reaktionen und volkswirtschaftlichen Folgewirkungen.⁵

So beeinflussen Abgaben auf den *Faktor Arbeit*, in der vorliegenden Analyse also die Einkommensteuer sowie der FLAF-Beitrag, das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage. Dabei ist die sogenannte Steuerinzidenz zu berücksichtigen, d.h. die Frage, bei wem eine Steuer tatsächlich anfällt. So entlastet eine Lohnnebenkostensenkung zwar zunächst nur die Seite der ArbeitgeberInnen, über Lohnverhandlungen und den größeren Verhandlungsspielraum ergeben sich aber auch höhere Brutto- und auch Nettoeinkünfte, so dass in der Folge die DienstnehmerInnen ebenfalls von einer Abgabentlastung profitieren.

Eine *Umsatzsteuersenkung* erhöht die Kaufkraft und den privaten Konsum. Die höheren Realeinkommen wirken aber auch auf das Arbeitsangebot der privaten Haushalte. Die Reduktion der *Körperschaftsteuer* wiederum erhöht die Rentabilität von Investitionsprojekten, indem sie die

³ Vereinfachend wird der Begriff „Einkommensteuer“ für die Lohn- und Einkommensteuer verwendet.

⁴ Bei der Einkommensteuersenkung werden die Steuersätze in den verschiedenen Tarifstufen proportional reduziert. Dementsprechend wird der Eingangssteuersatz absolut weniger stark reduziert als die Sätze in höheren Tarifstufen. Für eine explizite Analyse der ökonomischen Auswirkungen der Steuerprogression siehe etwa Berger et al. (2014).

⁵ Auf die Wirkungskanäle wird hier nur cursorisch eingegangen. Eine ausführlichere Diskussion findet sich beispielsweise in den Ausführungen von Europäische Kommission (2011), Myles (2009) oder Prammer (2011).

sogenannten Kapitalnutzungskosten („user costs of capital“) reduziert. Dies impliziert, dass zusätzliche Projekte rentabel und somit realisiert werden. Damit erhöht sich der Kapitalstock in der Volkswirtschaft und aufgrund der besseren Kapitalausstattung pro Beschäftigten auch die Arbeitsproduktivität und damit die Löhne.

Insgesamt erhöht die Reduktion der steuerlichen Belastung die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und damit den privaten Konsum. Umgekehrt ist zu berücksichtigen, dass die notwendige Gegenfinanzierung der Abgabenreduktion, selbst unter Berücksichtigung der Selbstfinanzierungseffekte, die öffentliche Nachfrage dämpft.

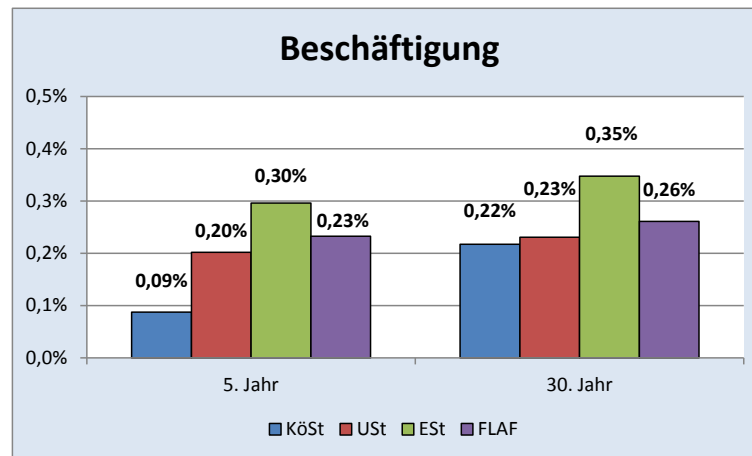
2.2. Ökonomische Effekte unterschiedlicher Abgabensenkungen

Die Ergebnisse der vier verschiedenen Abgabensenkungen werden im Folgenden als Niveau-Abweichungen von einem Basisszenario dargestellt, in welchem keine Abgabensenkung durchgeführt wird. Das Reformszenario unterscheidet sich vom Basisszenario nur durch die betrachtete Abgabensenkung. Dementsprechend kann die dargestellte Niveau-Abweichung als kausaler Effekt der Abgabenreduktion interpretiert werden. Beispielsweise besagt ein BIP-Effekt in Höhe von 0,5 %, dass das BIP im Szenario mit Reform um 0,5 % höher ausfällt als im Szenario ohne Reform. Da sich die Beschäftigung in der Regel schneller an geänderte Rahmenbedingungen anpasst als der Kapitalstock, der erst schrittweise über zusätzliche Investitionen reagiert, wird in der vorliegenden Analyse ein verstärktes Augenmerk auf die dynamische Entwicklung gelegt, indem sowohl mittelfristige als auch langfristige Auswirkungen der Abgabensenkungen dargestellt werden.

Beschäftigungseffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen

Die Beschäftigungseffekte der verschiedenen Abgabensenkungen sind in Abbildung 2 dargestellt. Der stärkste Zuwachs zeigt sich bei der Reduktion der Einkommensteuer. Im fünften Jahr nach der Senkung fällt die Beschäftigung um 0,3 % höher aus als im Basisszenario ohne Reform, was rund 12.000 zusätzlichen Beschäftigten entspricht. Langfristig steigen die Auswirkungen noch etwas weiter auf 0,35 %. Die Körperschaftsteuerreduktion hingegen zeigt kurzfristig die geringsten Beschäftigungseffekte, da diese Maßnahme nicht direkt auf Arbeitsangebot bzw. -nachfrage abzielt. Längerfristig verbessern aber die zusätzlichen Investitionen die Kapitalausstattung und damit die Produktivität der Beschäftigten, was sich wiederum positiv auf die Beschäftigung auswirkt. Aus diesem Grund steigt die Beschäftigung bei einer Körperschaftsteuersenkung längerfristig ähnlich stark wie bei einer Umsatzsteuer- bzw. FLAF-Reduktion.

Abbildung 2: Beschäftigungseffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen



Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario
 Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell

Etwas überraschend mag sein, dass die FLAF-Reduktion die Beschäftigung weniger stark ankurbelt als die Reduktion der Einkommensteuer. Dies ist auf das Zusammenspiel von Lohnverhandlungen und der Ankopplung der Sozialversicherungsbeiträge an die Bruttoeinkommen zurückzuführen. Wie oben ausgeführt, profitieren über Lohnverhandlungen sowohl DienstnehmerInnen, als auch DienstgeberInnen von einer Reduktion der Abgabenbelastung. Konkret wird bei der FLAF-Beitragssenkung ein Teil der Entlastung über höhere Lohnabschlüsse an die DienstnehmerInnen weitergegeben. Dadurch steigen zum einen zwar die Nettolöhne, umgekehrt sinken dennoch die Arbeitskosten der Unternehmen aufgrund der Entlastung. Nachdem viele Abgaben in Österreich am Bruttoeinkommen ansetzen, „profitiert“ durch die höheren Bruttolöhne auch der Staat über zusätzliche Einnahmen.⁶

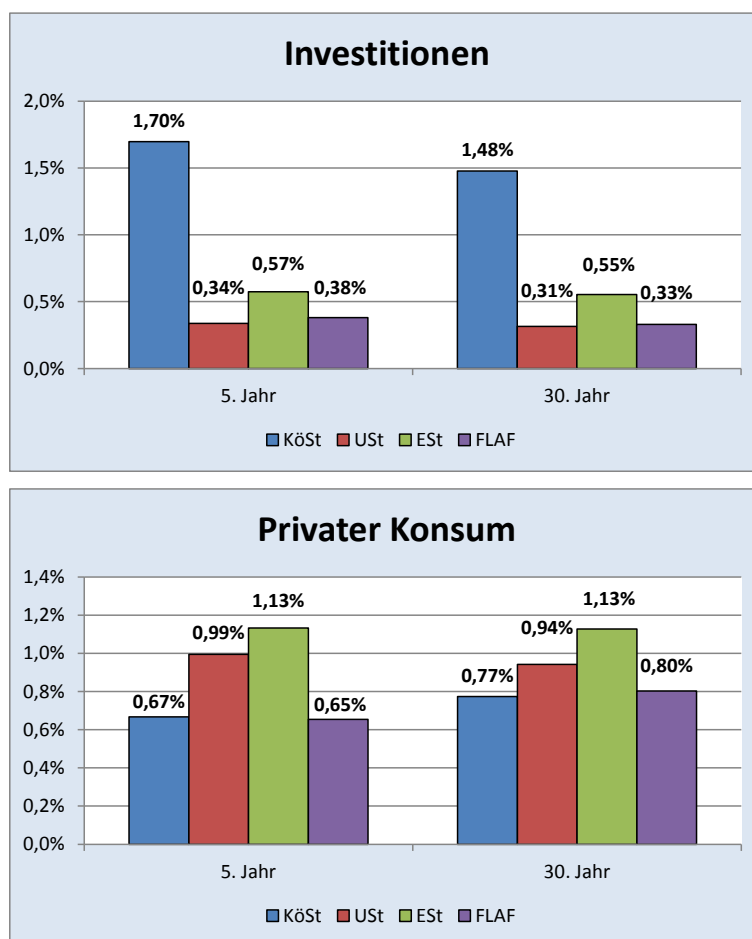
Die detaillierten Darstellungen der ökonomischen Effekte in Tabelle 1 und Tabelle 2 in Abschnitt 2.3 machen deutlich, dass die verschiedenen Reformen im Hinblick auf die Beschäftigungswirkung unterschiedlich auf die verschiedenen Ausbildungsgruppen wirken. Während die Beschäftigungseffekte bei der Umsatzsteuer- und der FLAF-Reduktion annähernd gleichmäßig auf die Gruppen mit hohem, mittlerem und niedrigerem Ausbildungsniveau verteilt sind, steigt bei der Einkommen- und insbesondere bei der Körperschaftsteuersenkung in besonderem Ausmaß die Nachfrage nach und das Angebot an hochqualifizierten Beschäftigten. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass durch die besseren Beschäftigungs- und Produktivitätsaussichten bei Höherqualifizierten die Bildungsrendite steigt und daher mehr in Bildung investiert wird. Längerfristig erhöhen Einkommen- und Körperschaftsteuersenkung damit in einem gewissen Ausmaß den Anteil der Personen mit tertiärer Ausbildung in der Gesamtbevölkerung.

⁶ Umgekehrt erhöht dies den Selbstfinanzierungsgrad einer steuerlichen Entlastung, was in der Folge noch dargestellt wird.

Investitions- und Konsumeffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen

Die Auswirkungen auf die beiden Nachfragekomponenten Investitionen und privater Konsum sind in Abbildung 3 illustriert. Die Investitionen reagieren bei der Senkung der Körperschaftsteuer am stärksten, weil diese Maßnahme gezielt Investitionsanreize setzt. Jedoch ist zu beachten, dass auch die anderen Senkungsmaßnahmen positiv auf die Investitionen wirken. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen den Kapitalstock an die zusätzliche Beschäftigung anpassen. Der private Konsum reagiert bei der Einkommen- und bei der Umsatzsteuer am stärksten und legt in beiden Fällen laut Modellsimulation um rund 1 % im Vergleich zum Basisszenario zu, wobei der Effekt bei einer Einkommensteuersenkung etwas stärker ist.

Abbildung 3: Investitions- und Konsumeffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen

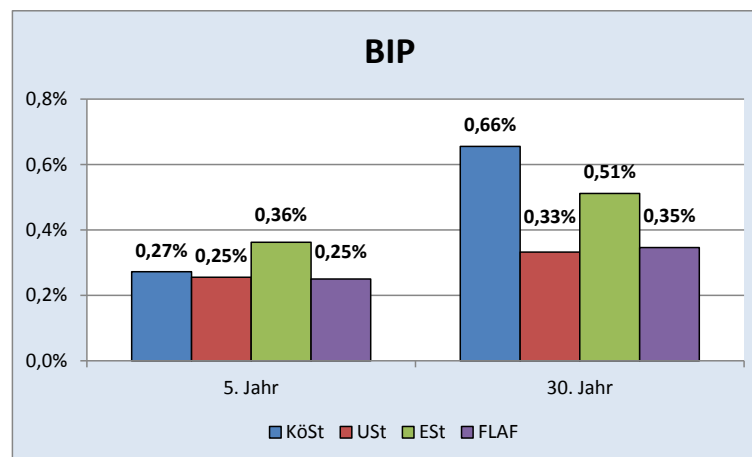


Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario
Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

BIP-Effekte unterschiedlicher Abgabensenkungen

Die Auswirkungen auf das BIP sind in Abbildung 4 dargestellt. Dabei zeigt sich die unterschiedliche zeitliche Dynamik bei den verschiedenen Steuerkategorien. Während die Körperschaftsteuersenkung in den ersten Jahren ähnlich stark wirkt wie die anderen Abgabenreduktionen, sind die BIP-Effekte langfristig deutlich stärker. Das BIP fällt langfristig (das heißt im dreißigsten Jahr nach der Reform) um knapp 0,7 % höher aus als im Szenario ohne Abgabensenkung. Bezogen auf das aktuelle BIP entspricht dies einer zusätzlichen Wirtschaftsleistung im Ausmaß von etwas mehr als 2 Mrd. Euro. Die Einkommensteuersenkung wiederum hat kurzfristig die stärksten und längerfristig die zweitstärksten Wachstumseffekte, während die Auswirkungen bei der Umsatzsteuer und beim FLAF geringer ausfallen. Diese Reihenfolge entspricht im Übrigen auch der häufig zitierten OECD-Studie (siehe Arnold 2008), wonach die Körperschaftsteuer am wachstumsschädlichsten ist, gefolgt von Einkommensteuern und Konsumsteuern.

Abbildung 4: BIP-Effekte unterschiedlicher Abgabensenkungen

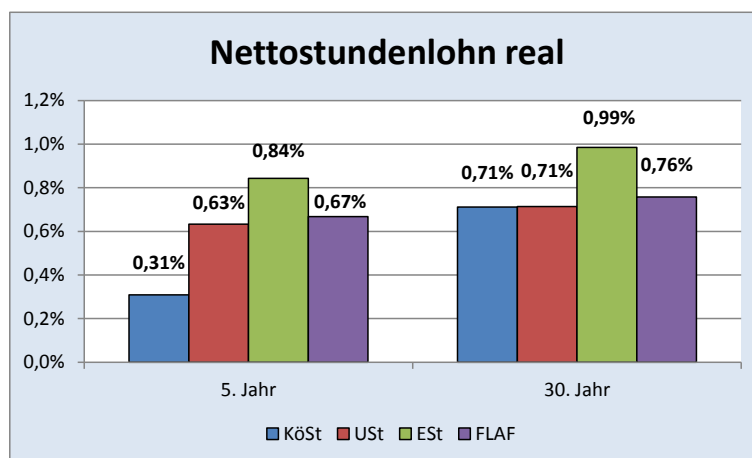


Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario
Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Lohneffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen

Hinsichtlich der Lohnentwicklung zeigen sich die stärksten Effekte bei der Reduktion der Einkommensteuer (siehe Abbildung 5). Mit der Reform ergeben sich direkt kräftige Steigerungen bei den Nettoeinkommen, die längerfristig aufgrund der positiveren wirtschaftlichen Entwicklung noch etwas zunehmen. Auf längere Sicht steigen die realen Nettolöhne um 1 % stärker als im Basisszenario ohne Entlastung. Bezogen auf heutige Nettojahreseinkommen entspricht das einem durchschnittlichen Anstieg um etwas mehr als 200 Euro, den die Haushalte für ihren Konsum zur Verfügung haben.

Abbildung 5: Lohneffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen



Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario
Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Aus Tabelle 2 in Abschnitt 2.3 wird ersichtlich, dass dabei auch DienstgeberInnen profitieren und dementsprechend der Anstieg der Arbeitskosten etwas geringer ausfällt. Die Auswirkungen bei der Umsatzsteuer- bzw. FLAF-Reduktion fallen etwas schwächer aus. Interessant ist die zeitliche Dynamik bei der Körperschaftsteuerreduktion. Nachdem diese die Arbeitseinkommen nicht direkt entlastet, ergeben sich Lohneffekte ausschließlich indirekt über die positiven ökonomischen Effekte der Reform, wie etwa die zunehmende Produktivität der Beschäftigten. Dementsprechend fallen die Lohneffekte mittelfristig schwächer als bei den anderen Abgabenarten aus, sie sind aber längerfristig ähnlich hoch wie bei der Umsatzsteuer und beim FLAF.

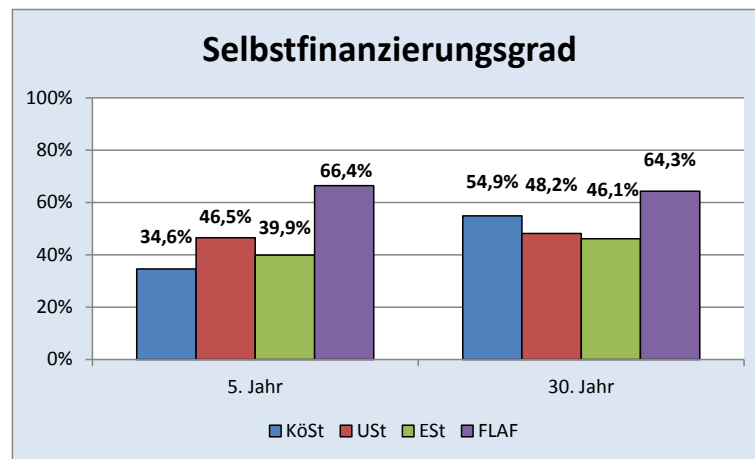
In den detaillierten Darstellungen von Tabelle 1 und Tabelle 2 ist die Lohnentwicklung auch getrennt für die verschiedenen Ausbildungsgruppen dargestellt. Diese zeigen bei der Umsatzsteuer- und FLAF-Reduktion einen annähernd gleich starken Zuwachs für die verschiedenen Gruppen. Bei der Senkung der Einkommensteuer (aufgrund der Progression) bzw. der Körperschaftsteuer (aufgrund der stärkeren Produktivitätseffekte) ist der Lohnzuwachs hingegen bei höher qualifizierter Beschäftigung stärker.

Selbstfinanzierungseffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen

Die Abgabensenkungen finanzieren sich zum Teil selbst. Dies deshalb, weil erstens die davon ausgelösten positiven volkswirtschaftlichen Effekte die öffentlichen Einnahmen erhöhen bzw. zum Teil geringere öffentliche Ausgaben (etwa in der Arbeitslosenversicherung) anfallen. Zweitens kann eine Abgabensenkung die Bemessungsgrundlage für eine andere Abgabe ändern. Die Höhe der Selbstfinanzierungseffekte ist in Abbildung 6 dargestellt. Sowohl mittel-, als auch längerfristig ergeben sich die stärksten Selbstfinanzierungseffekte bei der Senkung des FLAF-Beitrags. Dieser finanziert sich zu beinahe zwei Drittel selbst. Dies ist auf das schon oben erwähnte Zusammenspiel

aus Lohnverhandlungen und der Ankopplung der Sozialversicherungsbeiträge an die Bruttoeinkommen zurückzuführen, da diese Reform zu höheren Bruttolöhnen führt und dementsprechend auch die Einnahmen der Sozialversicherung deutlich zulegen. Umgekehrt reduzieren sich durch diesen Effekt die weiteren positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen. Die Selbstfinanzierungseffekte der anderen Reformen sind in etwa gleich stark. Langfristig liegt der Selbstfinanzierungsgrad bei diesen Reformen bei rund 50 %, mittelfristig fällt er etwas geringer aus. Erneut ist die zeitliche Dynamik bei der Körperschaftsteuer am prägnantesten, da die Selbstfinanzierung kurzfristig am geringsten, längerfristig aber höher ist als bei der Umsatz- bzw. Einkommensteuersenkung.

Abbildung 6: Selbstfinanzierungseffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen



Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario
Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

2.3. Ökonomische Effekte im Überblick

Die Analyse der volkswirtschaftlichen Effekte diverser Abgabensenkungen mit dem Modell PuMA verdeutlicht deren unterschiedliche Wirkungen auf makroökonomische Größen. Eine Reduktion der Einkommensteuer wirkt gemäß den Modellergebnissen mittel- und langfristig am positivsten auf die Beschäftigung, den privaten Konsum und die Entwicklung der realen Nettolöhne. Auch die mittelfristigen Wachstumseffekte sind am stärksten. Die zeitliche Dimension ist insbesondere bei der Senkung der Körperschaftsteuer von großer Bedeutung, da diese die volle makroökonomische Wirkung schrittweise über einen höheren Kapitalstock entfaltet. Diese Senkung übt die stärksten Effekte auf die privaten Investitionen aus und erhöht längerfristig das BIP am kräftigsten. Die Auswirkungen auf Beschäftigung und Nettolohnentwicklung, die mittelfristig geringer als bei den anderen Reformen sind, sind längerfristig ähnlich hoch wie bei der Senkung der Umsatzsteuer und des FLAF-Beitrags. Die Reduktion dieser beiden Abgaben weist die schwächsten volkswirtschaftlichen Effekte auf. Bei der Senkung des FLAF-Beitrags erklärt sich dies dadurch, dass

das Reformvolumen durch das Zusammenspiel von Lohnverhandlungen und der Ankopplung der Sozialversicherungsbeiträge an die Bruttoeinkommen de facto geringer ausfällt. Aus diesem Umstand ergeben sich umgekehrt allerdings die stärksten Selbstfinanzierungseffekte bei der Senkung des FLAF-Beitrags. Die ökonomischen Effekte der unterschiedlichen Abgabensenkungen sind in Tabelle 1 bzw. Tabelle 2 im Detail dargestellt.

Tabelle 1: Ökonomische Effekte Körperschaft- und Umsatzsteuersenkung

Körperschaftsteuer	2. Jahr	5. Jahr	10. Jahr	20. Jahr	30. Jahr
BIP	0.09%	0.27%	0.45%	0.60%	0.66%
Investitionen	1.86%	1.70%	1.55%	1.47%	1.48%
priv. Konsum	0.63%	0.67%	0.71%	0.75%	0.77%
Arbeitskosten (pro h)	0.10%	0.32%	0.53%	0.69%	0.73%
-gering	0.03%	0.13%	0.24%	0.34%	0.38%
-mittel	0.06%	0.23%	0.41%	0.57%	0.64%
-hoch	0.18%	0.55%	0.85%	0.95%	0.88%
Nettostundenlohn real	0.09%	0.31%	0.52%	0.67%	0.71%
-gering	0.03%	0.13%	0.23%	0.34%	0.38%
-mittel	0.06%	0.23%	0.40%	0.57%	0.64%
-hoch	0.18%	0.55%	0.85%	0.96%	0.89%
Beschäftigung	0.03%	0.09%	0.14%	0.19%	0.22%
-gering	0.01%	0.06%	0.09%	0.09%	0.08%
-mittel	0.02%	0.07%	0.11%	0.13%	0.12%
-hoch	0.05%	0.15%	0.28%	0.47%	0.60%
Arbeitslosenquote (in pp)	-0.01	-0.04	-0.07	-0.10	-0.11
-gering	-0.01	-0.03	-0.06	-0.08	-0.09
-mittel	-0.01	-0.04	-0.06	-0.09	-0.10
-hoch	-0.03	-0.07	-0.11	-0.13	-0.12
erwerbsf. Bev. - gering (in pp)	0.00	0.00	0.00	-0.01	-0.01
erwerbsf. Bev. - mittel (in pp)	0.00	0.00	-0.01	-0.03	-0.06
erwerbsf. Bev. - hoch (in pp)	0.00	0.00	0.01	0.04	0.07
Selbstfinanzierungsgrad	20.5%	34.6%	47.6%	55.4%	54.9%
Umsatzsteuer					
Umsatzsteuer	2. Jahr	5. Jahr	10. Jahr	20. Jahr	30. Jahr
BIP	0.22%	0.25%	0.29%	0.32%	0.33%
Investitionen	0.37%	0.34%	0.31%	0.31%	0.31%
priv. Konsum	1.00%	0.99%	0.98%	0.96%	0.94%
Arbeitskosten (pro h)	-0.21%	-0.16%	-0.12%	-0.09%	-0.08%
-gering	-0.19%	-0.15%	-0.13%	-0.09%	-0.07%
-mittel	-0.19%	-0.15%	-0.11%	-0.07%	-0.05%
-hoch	-0.23%	-0.16%	-0.11%	-0.12%	-0.16%
Nettostundenlohn real	0.58%	0.63%	0.67%	0.71%	0.71%
-gering	0.60%	0.64%	0.66%	0.70%	0.72%
-mittel	0.60%	0.64%	0.68%	0.72%	0.74%
-hoch	0.56%	0.63%	0.69%	0.67%	0.63%
Beschäftigung	0.19%	0.20%	0.21%	0.22%	0.23%
-gering	0.26%	0.27%	0.27%	0.26%	0.24%
-mittel	0.19%	0.20%	0.21%	0.21%	0.21%
-hoch	0.13%	0.15%	0.18%	0.25%	0.29%
Arbeitslosenquote (in pp)	-0.07	-0.08	-0.09	-0.09	-0.10
-gering	-0.10	-0.11	-0.12	-0.12	-0.13
-mittel	-0.07	-0.08	-0.09	-0.09	-0.09
-hoch	-0.06	-0.07	-0.08	-0.08	-0.07
erwerbsf. Bev. - gering (in pp)	0.00	0.00	0.00	-0.01	-0.01
erwerbsf. Bev. - mittel (in pp)	0.00	0.00	0.00	-0.01	-0.02
erwerbsf. Bev. - hoch (in pp)	0.00	0.00	0.00	0.02	0.03
Selbstfinanzierungsgrad	44.1%	46.5%	48.2%	48.7%	48.2%

Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario

Geringqualifiziert: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2),

Hochqualifiziert: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+).

Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Tabelle 2: Ökonomische Effekte Einkommensteuer- und FLAF-Beitragssenkung

Einkommensteuer	2. Jahr	5. Jahr	10. Jahr	20. Jahr	30. Jahr
BIP	0.30%	0.36%	0.42%	0.48%	0.51%
Investitionen	0.62%	0.57%	0.54%	0.53%	0.55%
priv. Konsum	1.12%	1.13%	1.14%	1.14%	1.13%
Arbeitskosten (pro h)	-0.38%	-0.30%	-0.23%	-0.17%	-0.16%
-gering	-0.12%	-0.06%	-0.01%	0.05%	0.09%
-mittel	-0.32%	-0.25%	-0.18%	-0.11%	-0.07%
-hoch	-0.61%	-0.49%	-0.41%	-0.45%	-0.53%
Nettostundenlohn real	0.76%	0.84%	0.92%	0.97%	0.99%
-gering	0.37%	0.42%	0.47%	0.54%	0.58%
-mittel	0.72%	0.79%	0.86%	0.93%	0.97%
-hoch	1.02%	1.15%	1.23%	1.19%	1.11%
Beschäftigung	0.28%	0.30%	0.31%	0.33%	0.35%
-gering	0.22%	0.23%	0.23%	0.20%	0.17%
-mittel	0.29%	0.31%	0.32%	0.32%	0.32%
-hoch	0.26%	0.29%	0.35%	0.48%	0.57%
Arbeitslosenquote (in pp)	-0.15	-0.16	-0.17	-0.18	-0.19
-gering	-0.13	-0.15	-0.16	-0.18	-0.18
-mittel	-0.16	-0.17	-0.18	-0.19	-0.19
-hoch	-0.14	-0.16	-0.17	-0.16	-0.16
erwerbsf. Bev. - gering (in pp)	0.00	0.00	0.00	-0.01	-0.02
erwerbsf. Bev. - mittel (in pp)	0.00	0.00	-0.01	-0.02	-0.03
erwerbsf. Bev. - hoch (in pp)	0.00	0.00	0.01	0.03	0.05
Selbstfinanzierungsgrad	35.5%	39.9%	43.6%	45.9%	46.1%
FLAF					
BIP	0.21%	0.25%	0.29%	0.33%	0.35%
Investitionen	0.42%	0.38%	0.35%	0.33%	0.33%
priv. Konsum	0.62%	0.65%	0.69%	0.76%	0.80%
Arbeitskosten (pro h)	-0.25%	-0.20%	-0.15%	-0.12%	-0.11%
-gering	-0.25%	-0.21%	-0.18%	-0.15%	-0.13%
-mittel	-0.23%	-0.19%	-0.15%	-0.11%	-0.09%
-hoch	-0.27%	-0.19%	-0.12%	-0.10%	-0.13%
Nettostundenlohn real	0.61%	0.67%	0.72%	0.75%	0.76%
-gering	0.61%	0.65%	0.68%	0.71%	0.73%
-mittel	0.64%	0.68%	0.72%	0.76%	0.77%
-hoch	0.61%	0.69%	0.76%	0.78%	0.75%
Beschäftigung	0.22%	0.23%	0.24%	0.26%	0.26%
-gering	0.30%	0.32%	0.32%	0.31%	0.30%
-mittel	0.22%	0.23%	0.24%	0.25%	0.25%
-hoch	0.15%	0.17%	0.20%	0.25%	0.28%
Arbeitslosenquote (in pp)	-0.09	-0.10	-0.11	-0.11	-0.11
-gering	-0.13	-0.14	-0.15	-0.16	-0.16
-mittel	-0.09	-0.10	-0.10	-0.11	-0.11
-hoch	-0.07	-0.08	-0.09	-0.09	-0.09
erwerbsf. Bev. - gering (in pp)	0.00	0.00	0.00	0.00	-0.01
erwerbsf. Bev. - mittel (in pp)	0.00	0.00	0.00	-0.01	-0.01
erwerbsf. Bev. - hoch (in pp)	0.00	0.00	0.00	0.01	0.02
Selbstfinanzierungsgrad	63.4%	66.4%	68.3%	67.4%	64.3%

Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario

Geringqualifiziert: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2),

Hochqualifiziert: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+).

Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

3. Effekte einer kombinierten Senkung der Abgabenquote auf 40%

3.1. Untersuchungsmethode und Untersuchungsgegenstand

Nachdem in Abschnitt 2 die ökonomischen Auswirkungen unterschiedlicher Abgabensenkungen einzeln analysiert wurden, werden im folgenden Abschnitt die ökonomischen Effekte eines umfangreichen Reformpakets illustriert, bei dem die Abgabenquote auf 40% reduziert wird. Im Vergleich zum Jahr 2016 entspricht dies einer Reduktion um 3,4 % des BIP. Die Analyse erfolgt wie zuvor auf Basis des makroökonomischen Modells PuMA von EcoAustria. Dabei werden detaillierter als im vorherigen Abschnitt die Lohn- und Beschäftigungseffekte auch für einzelne Qualifikationsgruppen getrennt ausgewiesen.

Für die Rechnung wird angenommen, dass die Abgaben ab dem Jahr 2018 bis zum Jahr 2022 schrittweise reduziert werden. Entsprechend den Empfehlungen nationaler Forschungsinstitute, internationaler Organisationen wie OECD und Europäischer Kommission, empirischer Studien⁷ und auf Basis der Modellergebnisse von Kapitel 2 wird das Augenmerk auf eine Senkung der Abgaben auf den Faktor Arbeit und die Reduktion von Unternehmenssteuern gerichtet. Konkret werden Dienstnehmer- und Dienstgeberabgaben, die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer entsprechend ihrem derzeitigen Anteil an den öffentlichen Einnahmen reduziert. Auf Basis des aktuellen Aufkommens entfällt die stärkste Entlastung auf Dienstgeber-Abgaben (1,2 % des BIP im Jahr 2022), die Einkommensteuer (1 %) sowie Dienstnehmer-Abgaben (0,9 % des BIP), während die Reduktion bei der Körperschaftsteuer am schwächsten ausfällt (0,25 % des BIP). Insgesamt ergibt sich im Jahr 2022 eine Abgabenquotensenkung um 3,4 % des BIP. In den Jahren vor 2022 wird eine schrittweise Reduktion der Abgaben angenommen. Der Absenkungspfad der einzelnen Abgabenarten ist in Tabelle 3 dargestellt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Abgabenreduktion durch Selbstfinanzierungseffekte (siehe das folgende Kapitel) und das Heben von Effizienzpotenzialen bei den öffentlichen Ausgaben (ohne Leistungskürzungen) finanziert wird. Die ökonomischen Effekte der geringeren öffentlichen Nachfrage werden dabei berücksichtigt.

⁷ Siehe etwa Arnold et al. (2008).

Tabelle 3: Unterstellte Abgabensenkungen, in % des BIP

	2018	2019	2020	2021	ab 2022
DG-Abgaben	0,24%	0,47%	0,71%	0,94%	1,18%
Einkommensteuer	0,20%	0,40%	0,60%	0,80%	1,00%
DN-Abgaben	0,19%	0,37%	0,56%	0,74%	0,93%
Körperschaftsteuer	0,05%	0,10%	0,15%	0,21%	0,26%
Summe	0,67%	1,34%	2,02%	2,69%	3,36%

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Statistik Austria.

Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

3.2. Ökonomische Effekte der Senkung der Abgabenquote auf 40%

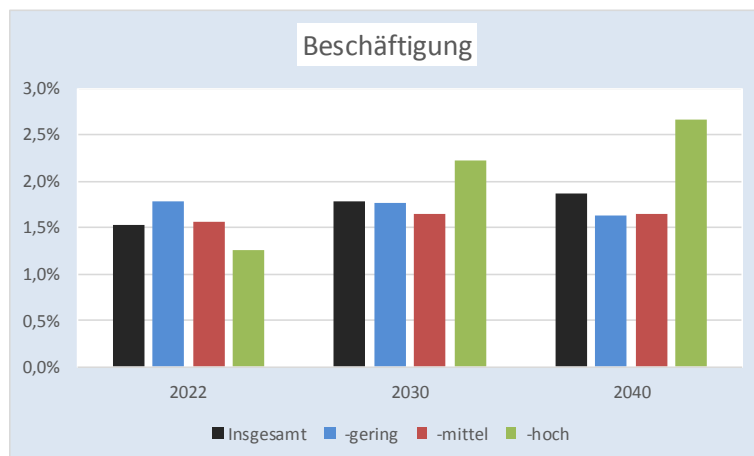
Beschäftigungseffekte der Senkung der Abgabenquote auf 40%

Die Beschäftigungseffekte der kombinierten Senkung der Abgabenquote auf 40% sind in Abbildung 7 dargestellt. Schon in der mittelfristigen Betrachtung innerhalb der nächsten fünf Jahre zeigen sich aufgrund der zusätzlichen Arbeitsnachfrage und des zusätzlichen Arbeitsangebots deutliche Effekte. Die Beschäftigung liegt im Jahr 2022 um rund 1,5 % höher als im Basisszenario ohne Steuerreform. Dies entspricht einer zusätzlichen Beschäftigung im Ausmaß von rund 65.000 Personen. Dabei fällt mittelfristig der Beschäftigungsanstieg in der Gruppe der Geringqualifizierten überdurchschnittlich aus. Hier reagieren Arbeitsnachfrage und -angebot etwas stärker auf steuerliche Anreize.

Längerfristig nimmt der Beschäftigungseffekt insgesamt noch weiter zu. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Reduktion der Abgabenquote die sogenannte Bildungsrendite deutlich erhöht.⁸ Dadurch investieren die Haushalte mehr in Bildung, was längerfristig dazu führt, dass in einem gewissen Maß der Bevölkerungsanteil von höherqualifizierten Personen steigt. Nachdem die Beschäftigungswahrscheinlichkeit mit der Qualifikation zunimmt, legt auch deswegen die Beschäftigung weiter zu.

⁸ In der Analyse wird unterstellt, dass die Einkommensteuersätze proportional gleich stark reduziert werden. Die relative Entlastung ist daher für alle Einkommen gleich stark, absolut nehmen aber höhere Einkommen stärker zu.

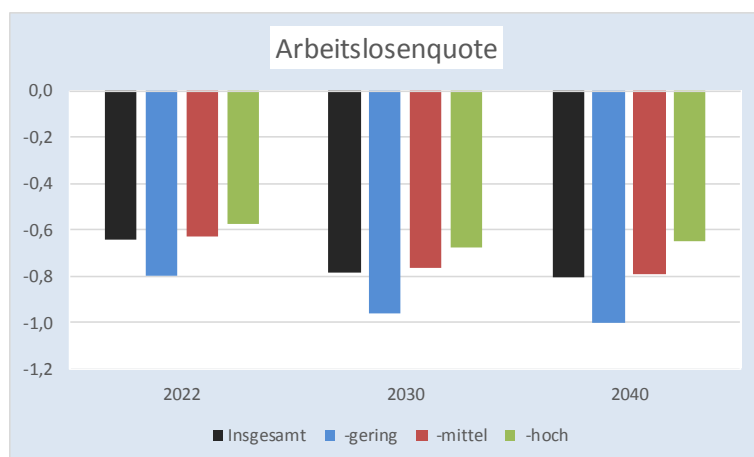
Abbildung 7: Beschäftigungseffekte der Senkung der Abgabenquote auf 40%



Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario
 Geringqualifiziert: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2), Hochqualifiziert: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+).
 Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Durch den Beschäftigungsanstieg geht die Arbeitslosigkeit zurück. Entsprechend reduziert die untersuchte Abgabenreduktion die Arbeitslosenquote (lt. EU-Definition) deutlich, um rund 0,6 Prozentpunkte nach fünf Jahren. In der längerfristigen Betrachtung verringert die Reform die Arbeitslosigkeit weiter. Wie schon kurzfristig beim Beschäftigungseffekt reagiert die Arbeitslosenquote bei geringqualifizierten Personen kräftiger als in den anderen Gruppen. Dementsprechend fällt die Arbeitslosenquote von Geringqualifizierten aufgrund der Abgabensenkung im Jahr 2022 um 0,8 Prozentpunkte niedriger auch als im Basisszenario.

Abbildung 8: Arbeitslosenquoteneffekte der Senkung der Abgabenquote auf 40%



Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario
 Geringqualifiziert: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2), Hochqualifiziert: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+).
 Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

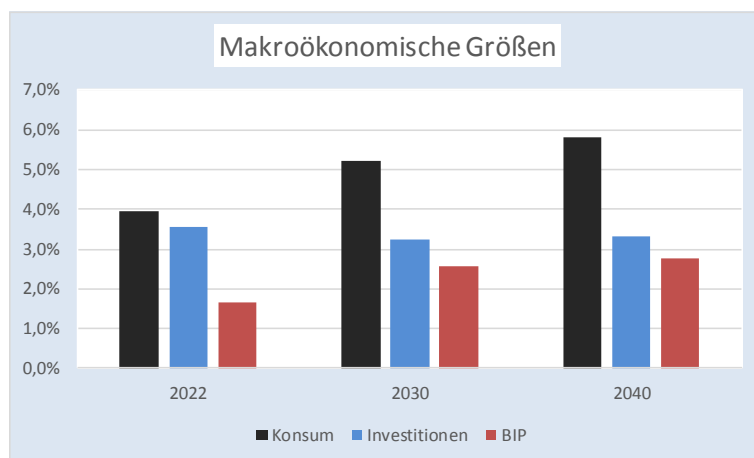
Investitions-, Konsum- und BIP-Effekte der Senkung der Abgabenquote auf 40%

Die Auswirkungen auf die makroökonomischen Aggregate, privater Konsum, Investitionen und BIP, sind in Abbildung 9 illustriert. Der private Konsum reagiert stark auf die Abgabenreduktion, was auf mehrere Aspekte zurückzuführen ist. Zum einen nehmen die Bruttoeinkommen der Haushalte aufgrund der Wachstumseffekte und des damit einhergehenden Beschäftigungsanstiegs zu. Zum anderen erhöht die Abgabenreduktion, selbst bei gegebenen Bruttoeinkommen, die verfügbaren Einkommen deutlich. Schließlich steigen auch die Gewinneinkommen, was zum Teil ebenfalls in höheren privaten Konsum fließt. Dementsprechend legt der private Konsum deutlich zu, im Jahr 2022 um knapp 4 % im Vergleich zum Basisszenario. Längerfristig steigt der private Konsum noch etwas weiter an.

In Bezug auf die Investitionen erhöht die Körperschaftsteuersenkung direkt die Investitionsanreize der Unternehmen. Aber auch die anderen steuerlichen Maßnahmen wirken positiv auf die Investitionen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen den Kapitalstock an die zusätzliche Beschäftigung anpassen. Die Investitionen nehmen um rund 3,5 % zu. Dabei ist der Effekt mittelfristig stärker als längerfristig. Die Anpassung des Kapitalstocks an die geänderten Rahmenbedingungen bedarf dennoch mehrerer Jahre.

Basierend auf dem Beschäftigungsanstieg und den zusätzlichen Investitionen steigt auch die Wertschöpfung kräftig an. Das BIP liegt im Jahr 2022 um 1,7 % über jenem des Basisszenarios ohne Abgabensenkung. Bezogen auf das BIP des Jahres 2016 entspricht das einer zusätzlichen Wertschöpfung im Ausmaß von 5,9 Mrd. Euro. Langfristig legt der Wertschöpfungseffekt aufgrund der weiteren Anpassung der Volkswirtschaft und der Akteure an die geänderten Rahmenbedingungen noch weiter zu. Auf der Verwendungsseite resultiert das zusätzliche BIP aus dem Anstieg des privaten Konsums, der Investitionen und einer Verbesserung der Leistungsbilanz (aufgrund der gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit legen Exporte stärker als Importe zu), bei einem gleichzeitigen Rückgang der öffentlichen Nachfrage.

Abbildung 9: Investitions-, Konsum- und BIP-Effekte der Senkung der Abgabenquote auf 40%



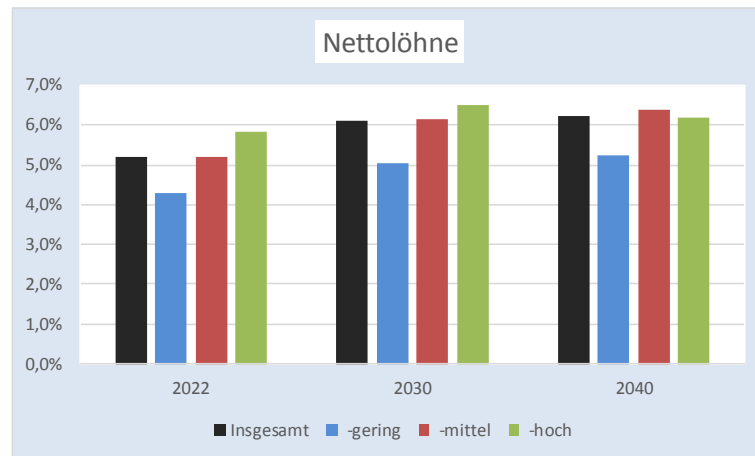
Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario
Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Lohneffekte der Senkung der Abgabenquote auf 40%

Der Fokus der Abgabentlastung auf den Faktor Arbeit hat deutlich höhere Nettostundenlöhne zur Folge. Im Schnitt über alle Einkommensgruppen erhöhen sich die Löhne in der mittleren Frist im Jahr 2022 um rund 5 %. Längerfristig steigt dieser Effekt auf rund 6 % an.

Da höhere Einkommen überproportional zum Einkommensteueraufkommen beitragen (d.h. der Durchschnittsteuersatz ist höher als für geringere Einkommen), werden sie absolut betrachtet etwas stärker entlastet. Im Jahr 2022 nimmt der durchschnittliche Nettolohn für hochqualifizierte Beschäftigte um 5,8 % zu, für niedrigqualifizierte sind es 4,3 %. Wie in Tabelle 3 dargestellt, führt die Reform auch zu einer Reduktion der Arbeitskosten. Im Jahr 2022 liegen die durchschnittlichen Arbeitskosten um 1,2 % geringer als im Szenario ohne Reduktion der Abgabenquote. Im weiteren Verlauf nimmt die Arbeitsproduktivität zu, was sich in einer positiven Lohnentwicklung niederschlägt. Aus diesem Grund sind längerfristig die Auswirkungen auf die Arbeitskosten der Unternehmen gering.

*Abbildung 10: Lohneffekte
der Senkung der Abgabenquote auf 40%*

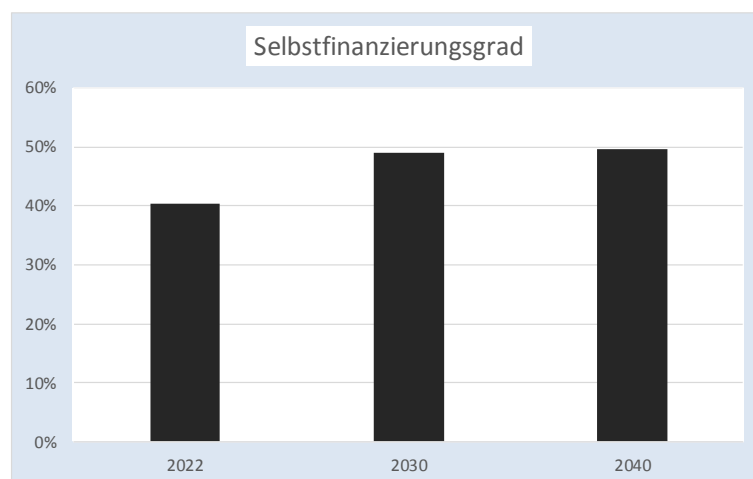


Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario
 Geringqualifiziert: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2), Hochqualifiziert: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+).
 Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Selbstfinanzierungseffekte der Senkung der Abgabenquote auf 40%

Auch die hier analysierte Senkung der Abgabenquote auf 40% finanziert sich zum Teil selbst, da die ausgelösten positiven volkswirtschaftlichen Effekte die öffentlichen Einnahmen erhöhen bzw. zum Teil geringere öffentliche Ausgaben (etwa in der Arbeitslosenversicherung) anfallen. Die Höhe der Selbstfinanzierungseffekte ist in Abbildung 11 dargestellt. Bereits in der mittleren Frist im Jahr 2022 beträgt der Selbstfinanzierungsgrad 40%. Bis zum Jahr 2030 bzw. 2040 steigt er auf knapp 50%.

*Abbildung 11: Selbstfinanzierungseffekte
der Senkung der Abgabenquote auf 40%*



Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario
 Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

3.3. Ökonomische Effekte im Überblick

Die Analyse der Effekte einer kombinierten Senkung der Abgabenquote auf 40% in den Jahren 2018 bis 2022 zeigt erheblich positive Wirkungen auf die unterschiedlichen makroökonomischen Größen. Das BIP-Wachstum, Investitionen und Beschäftigung steigen und die Arbeitslosigkeit sinkt spürbar. Bereits im Jahr 2022 fällt das BIP um 1,7% höher aus als im Basisszenario ohne Abgabensenkung. Bis zum Jahr 2050 steigt dieser Effekt weiter auf 3%. Die Investitionen fallen mittel- wie auch langfristig um mehr als 3% höher aus als ohne Reform. Die Beschäftigung steigt bis zum Jahr 2022 um 1,5% und im weiteren Verlauf auf knapp 2%. Die Arbeitslosenquote sinkt durch die Abgabensenkung mittel- bis langfristig um 0,6 bzw. 0,8 Prozentpunkte. Besonders kräftig fallen die Effekte auf die Nettolöhne und den privaten Konsum aus. Bereits im Jahr 2022 liegen die Nettolöhne um mehr als 5% höher als im Basisszenario. Längerfristig steigen sie noch weiter. Entsprechend fällt auch der private Konsum im Jahr 2022 um knapp 4% höher aus, als ohne Reform. In den Folgejahren steigt er weiter auf über 6%. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt bereits im Jahr 2022 40% und steigt bis zum Jahr 2030 bzw. 2040 weiter auf knapp 50%. Die ökonomischen Effekte der kombinierten Senkung der Abgabenquote auf 40% sind in Tabelle 4 im Detail dargestellt.

*Tabelle 4: Ökonomischen Effekte
der Senkung der Abgabenquote auf 40%*

	2022	2030	2040	2050
BIP	1,68%	2,56%	2,78%	3,00%
Investitionen	3,56%	3,22%	3,31%	3,43%
priv. Konsum	3,96%	5,23%	5,80%	6,51%
Arbeitskosten	-1,22%	-0,35%	-0,26%	-0,19%
-gering	-1,03%	-0,33%	-0,13%	0,07%
-mittel	-1,14%	-0,25%	-0,04%	0,11%
-hoch	-1,33%	-0,71%	-1,02%	-1,29%
Nettolöhne	5,22%	6,13%	6,23%	6,29%
-gering	4,29%	5,03%	5,24%	5,45%
-mittel	5,21%	6,16%	6,38%	6,54%
-hoch	5,83%	6,51%	6,17%	5,88%
Beschäftigung	1,54%	1,79%	1,87%	1,94%
-gering	1,79%	1,76%	1,63%	1,47%
-mittel	1,57%	1,66%	1,66%	1,71%
-hoch	1,26%	2,22%	2,67%	2,99%
Partizipationsquote (in PP)	0,56	0,64	0,67	0,71
-gering	0,59	0,66	0,67	0,72
-mittel	0,66	0,73	0,75	0,77
-hoch	0,26	0,33	0,43	0,47
Arbeitslosenquote (in PP)	-0,64	-0,78	-0,80	-0,82
-gering	-0,80	-0,96	-1,00	-1,04
-mittel	-0,63	-0,76	-0,79	-0,82
-hoch	-0,58	-0,68	-0,65	-0,61
Selbstfinanzierungsgrad	40,4%	49,1%	49,6%	48,5%

Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario.

Geringqualifiziert: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss

(ISCED 0-2), Hochqualifiziert: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+).

Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

4. Resümee

Österreich weist im internationalen Vergleich eine hohe Abgabenbelastung auf. Im Jahr 2015 lag die Abgabenquote mit 44,4 % nach Frankreich, Dänemark und Belgien an vierthöchster Stelle und damit deutlich über dem Durchschnitt der EU28, der Eurozone oder von Deutschland. Die Steuerreform 2016 hat zwar die Abgabenquote etwas reduziert, dennoch liegt sie 2016 mit 43,4 % noch immer deutlich über den genannten Vergleichswerten. Aufgrund der hohen Belastung von Haushalten und Unternehmen empfehlen nationale Forschungsinstitute, internationale Organisationen wie OECD und Europäische Kommission sowie empirische Studien eine Senkung der Abgaben auf den Faktor Arbeit und eine Entlastung der Unternehmen. Damit soll mehr Wettbewerbsfähigkeit für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand erreicht werden. Eine Senkung der Abgabenquote auf 40% hätte eine beträchtliche Entlastung von Haushalten und Unternehmen zur Folge, jedoch läge Österreich bei der Abgabenquote nach wie vor oberhalb des Schnitts der Europäischen Union und auf dem Niveau von Deutschland.

Die Analyse der volkswirtschaftlichen Effekte verschiedener Abgabensenkungen, nämlich der Körperschaft-, Umsatz- und Einkommensteuer sowie des Beitrags zum FLAF mit dem makroökonomischen Modell PuMA verdeutlicht die unterschiedlichen Wirkungen der verschiedenen Abgaben auf makroökonomische Größen. Eine Reduktion der Einkommensteuer wirkt gemäß den Modellergebnissen kurz- und langfristig am positivsten auf die Beschäftigung, den privaten Konsum und die Entwicklung der realen Nettolöhne. Auch die kurzfristigen Wachstumseffekte sind am stärksten. Die zeitliche Dimension ist insbesondere bei der Senkung der Körperschaftsteuer von großer Bedeutung, da diese die volle makroökonomische Wirkung schrittweise über den höheren Kapitalstock entfaltet. Diese Senkung übt die stärksten Effekte auf die privaten Investitionen aus und erhöht längerfristig das BIP am stärksten. Die Auswirkungen auf Beschäftigung und Nettolohnentwicklung, die kurzfristig geringer als bei den anderen Reformen sind, sind längerfristig ähnlich hoch wie bei der Senkung der Umsatzsteuer und des FLAF-Beitrags. Die Reduktion dieser beiden Abgaben weist die schwächsten volkswirtschaftlichen Effekte auf.

Außerdem wurden die ökonomischen Auswirkungen einer kombinierten Senkung der Abgabenquote auf 40% untersucht. Für die Analyse werden Dienstnehmer- und Dienstgeberabgaben, die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer entsprechend ihrem derzeitigen Anteil an den Einnahmen schrittweise von 2018 bis 2022 um insgesamt 3,4 % des BIP reduziert. Durch das Maßnahmenpaket würden die Beschäftigung, die Investitionen, das Bruttoinlandsprodukt und der Konsum privater Haushalte deutlich ansteigen und die Arbeitslosigkeit spürbar zurückgehen. Eine so gestaltete Reform würde über Wachstumseffekte positive Rückwirkungen auf die öffentlichen Finanzen haben, die die Reform zu rund 40-50% selbst finanzieren würden. Das verbleibende Volumen müsste über das Heben vorhandener Effizienzpotenziale bei den öffentlichen Ausgaben erfolgen. Sollte es gelingen, darüber hinaus weitere Effizienzpotenziale zu heben, so stünden freie Mittel zum Beispiel für die Haushaltskonsolidierung zur Verfügung.

5. Literaturverzeichnis

- Arnold, J. (2008). Do Tax Structures Affect Aggregate Economic Growth?: Empirical Evidence from a Panel of OECD Countries, *OECD Economics Department Working Papers, No. 643, OECD Publishing*.
- Berger, J., C. Keuschnigg, M. Keuschnigg, M. Miess, L. Strohner, R. Winter-Ebmer (2009). Modelling of Labour Markets in the European Union, Final Report. *Study on behalf of DG EMPL/D/1*.
- Berger, J., M. Gstrein, C. Keuschnigg, M. Miess, S. Müllbacher, L. Strohner u. R. Winter-Ebmer (2012). Development/Maintenance of the Labour Market Model, Final Report. *Study on behalf of DG EMPL*.
- Berger, J., N. Graf, U. Schuh, L. Strohner (2014). Analyse unterschiedlich progressiver Steuerreformszenarien, *EcoAustria Policy Note No. 8*.
- Berger, J., G. Biffl, U. Schuh, L. Strohner (2016). Updating of the Labour Market Model, *EcoAustria und Donauuniversität Krems Research Report im Auftrag von DG EMPL der Europäischen Kommission*.
- Berger, J., L. Strohner, T. Thomas (2017). Die Wertschöpfungsabgabe bremst Investitionen und Wohlstand, *EcoAustria Policy Note Nr. 16*.
- Europäische Kommission (2011a). Tax Reforms in EU Member States 2011, *European Economy 5/2011*.
- Myles, G. D. (2009a). Economic growth and the role of taxation – theory, *OECD Economics Department Working Paper 713*.
- Prammer, D. (2011). Quality of taxation and the crisis: tax shifts from a growth perspective, *European Commission Taxation Paper No. 29, 2011*.